

Kommunal – sozial – demokratisch

Im Mittelpunkt unserer kommunalpolitischen Arbeit steht die Beantwortung folgender grundlegender Fragen:

- Wie kann dem für unsere Region prognostizierten starken Bevölkerungsrückgang und demografischen Wandel mit seinen negativen Auswirkungen auf Arbeitsplätze, Wirtschaftskraft, Bildungseinrichtungen, Gesundheitseinrichtungen und soziale Infrastruktur begegnet werden?
- Wohin sollen sich der Landkreis und seine Gemeinden weiter entwickeln?
- Wie wollen wir in den nächsten Jahren in unserem Landkreis leben und unsere Zukunft miteinander regeln?
- Welche Bedürfnisse haben die Bürgerinnen und Bürger in unserem Landkreis, unseren Städten und Gemeinden?
- Wie können wir durch unsere kommunalpolitische Arbeit erfolgreich dazu beitragen, die Rahmenbedingungen für einen besseren Lebensraum unserer Bürgerinnen und Bürger zu schaffen?

Inhaltsverzeichnis

1.	Vorwort	3
2.	Kommunal, sozial und demokratisch	5
3.	Bündnisse für Familien/Familienpolitik als Standortfaktor	6
	3.1. Kinder/Kinderbetreuung/Kindertagesstätten	7
4.	Bildung	9
	4.1. Berufsbildung	11
	4.2. KVHS	11
5.	Jugend	12
6.	Gesundheit	13
7.	Sport	14
8.	Teilhabe von Behinderten	14
9.	Sozial Benachteiligte	15
10.	Wohlfahrtsverbände	15
11.	Senioren	16
	11.1. Altersgerechtes Wohnen	16
12.	Pflege	16
13.	Wirtschaft	17
	13.1. Wirtschaftsförderung	18
	13.2. Projekte	18
	13.3. Tourismus	19
14.	Arbeitsmarkt	19
	15.1. Arbeits- und Beschäftigungspolitik	20
15.	Mobilität und Verkehr	21
16.	Gleichstellung	22
17.	Der ländliche Raum, Regionalplanung und Strukturförderung	23
18.	Umweltschutz	24
19.	Abfallbeseitigung	25
20.	Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und Verwaltungskooperation	26

1. Vorwort

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

unsere Demokratie braucht Ihre Initiative und aktive Mitwirkung. Wir sind heute mehr denn je auf die Eigeninitiative und auf das vielfältige ehrenamtliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Unser Gemeinwohl kann nur so stark sein, wie wir alle bereit sind, sich dafür zu engagieren. „Die da oben“ und wir „da unten“ gibt es nicht. Jede und jeder ist aufgefordert, sich in die Entwicklung zumindest seines täglichen Umfeldes, aktiv einzubringen. Arbeitsplätze, Ausbildungsplätze, Schulen, Kindergärten, Gesundheits- und Sozialeinrichtungen, öffentlicher Personennahverkehr, kulturelles Angebot, um nur einige Bereiche zu nennen, gehen uns alle an. Das Mitwirken möglichst vieler an gemeinsamen Projekten dient darüber hinaus auch der Identitätsstiftung und der Solidarität untereinander. Wir werden allein aufgrund der demografischen Entwicklung die Infrastruktur der Hilfe zur Selbsthilfe ausbauen müssen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen uns gemeinsam mit Gruppen, Vereinen und Verbänden für einen verstärkten sozialen Zusammenhalt und mehr Solidarität in unserer Gesellschaft einsetzen.

Wichtige Entscheidungen der auslaufenden Legislaturperiode sind durch die enge Zusammenarbeit zwischen der Kreistagsmehrheit und dem sozialdemokratischen Landrat Michael Wickmann auf dem Weg gebracht worden. Ohnehin können wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht ohne Stolz auf die prägende Kraft führender Persönlichkeiten für unseren Landkreis verweisen. Beispielhaft seien hier nur Oberkreisdirektor Udo Cahn von Seelen, Ralf Reiner Wiese und Ehrenlandrat Axel Endlein erwähnt.

Dass erfolgreiche kommunalpolitische Arbeit auch bei knapper werdenden Ausgabemitteln möglich ist, haben wir in den letzten Jahren bewiesen. Wir werden die Konsolidierung der Kreisfinanzen fortsetzen. Dieses bedeutet nach unserem Verständnis, das Geld unserer Bürgerinnen und Bürger so sparsam, aber auch so effektiv wie möglich einzusetzen. Die Verwaltung des Landkreises ist auf einem guten Weg zu einem modernen und bürgernahen Dienstleistungszentrum. Jetzt gilt es, nicht stehen zu bleiben, sondern weiter zu machen und ständig den Nutzen für unseren Landkreis und die darin lebenden Menschen zu prüfen.

Unser Programm soll nicht Wahlprogramm, sondern unser Arbeitsprogramm für die nächsten fünf Jahre sein.

Wir laden alle Bürgerinnen und Bürger in unserem Landkreis ein, unsere Arbeit nicht nur kritisch und konstruktiv zu begleiten, sondern an Entscheidungsprozessen über die Gestaltung ihrer Zukunft in der Kommunalpolitik mitzuwirken. Sie sind uns auch als unterstützende und insbesondere als aktive Mitglieder in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands herzlich willkommen.

Uwe Schwarz, MdL
Unterbezirksvorsitzender

2. Kommunal, sozial und demokratisch

Unsere Gesellschaft ist geprägt von rasanten Veränderungen. Im Zeitalter der Globalisierung werden Arbeitsplätze und Produktionsstätten weltweit verschoben, wenn es der Gewinnmaximierung dient. Die Lebenserwartung ist nicht zuletzt aufgrund des medizinischen Fortschrittes für uns alle erfreulicherweise deutlich gestiegen. Dieses führt zu neuen Anforderungen an Infrastruktureinrichtungen und bietet zugleich neue Perspektiven und Betätigungsmöglichkeiten für die aktive Zeit nach dem Erwerbsleben. Im Jahre 2002 lebten bei uns in Südniedersachsen noch rund 580.000 Menschen. Im Jahre 2012 werden es voraussichtlich nur noch 550.000, das heißt 5,4% weniger sein. Besonders gravierend ist dabei der schwindende Anteil der 30 bis 44jährigen um über ein Drittel. Dieser massive Bevölkerungsrückgang ist weder bundes- noch landestypisch und führt zu erheblichen Einbrüchen bei der Nachfrage nach Wohnungen, Arbeitsplätzen und Dienstleistungen sowie für die Wirtschafts- und Steuerkraft unserer Städte und Gemeinden. Dieser Entwicklung werden wir massiv entgegenwirken müssen, und deshalb muss die Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie die zentrale regionalpolitische Strategie werden. Der soziale Zusammenhalt zwischen den Generationen ist bedroht. Die Frage der Generationengerechtigkeit bekommt in diesem Zusammenhang einen neuen Stellenwert. Die schwindenden jüngeren Generationen müssen durch die wachsenden älteren Generationen entlastet werden. Es muss ein neues solidarisches Gleichgewicht im Dialog entwickelt werden. Dieser Dialog kann am besten auf der Gemeindeebene im Rahmen von Hilfe- und Selbsthilfenetzwerken in sogenannten Familienzentren organisiert werden. Wir müssen dafür sorgen, dass alle mitgenommen werden und niemand auf der Strecke bleibt.

Wichtigste Aufgabe ist in diesem Zusammenhang mehr denn je die Gestaltung der Bildungseinrichtungen in unserem Landkreis. Hier wollen wir als die Bildungspartei in unserem Land dafür sorgen, dass alle Menschen die gleichen Chancen auf Bildung haben, unabhängig von Alter, sozialer oder örtlicher Herkunft oder persönlichen Handicaps. Bildung, Chancengleichheit und Vereinbarkeit von Familie und Beruf fängt für uns in den vorschulischen Bereichen der Krippe und der Kindertagesstätte an. Nur wenn wir neue mutige Wege in der Bildungspolitik beschreiten, werden wir die vor uns liegenden Aufgaben bewältigen können.

Wir wollen die technologischen Innovationen annehmen und so mitgestalten, dass wir die positiven Chancen für unsere Region nutzen können.

Wir werden unsere Handlungsmöglichkeiten überprüfen, mit anderen dort kooperieren, wo es sinnvoll erscheint, und unseren Bürgerinnen und Bürgern so wenig Bürokratie wie nötig, aber soviel staatliche Sicherheit wie möglich bieten.

Weltweite Umweltprobleme erfordern neue Konzepte einer umfassenden Klimaschutz- und Umweltpolitik auf allen Ebenen. Nachhaltiger Schutz von Natur und Umwelt fängt bei uns zuhause an und muss auch die Entscheidungen in den Gemeinden und im Landkreis maßgeblich mitbestimmen.

Wir sehen es als ständige Aufgabe aller Demokraten an, rechts- und linksextreme Kräfte mit vollem Einsatz zu bekämpfen.

3. Bündnisse für Familien/Familienpolitik als Standortfaktor

Gute Wirtschafts- und Sozialpolitik beginnt bei den Kindern. Diese Binsenweisheit ist in Deutschland jahrzehntelang vernachlässigt worden. Deutschland ist heute im internationalen Vergleich eines der kinderärmsten Länder überhaupt. Viele Menschen wollen Kinder und bleiben dann doch kinderlos. Wir müssen auf allen staatlichen Ebenen die Voraussetzungen dafür schaffen und verbessern, damit in Deutschland wieder mehr Familien gegründet werden und vorhandene Kinderwünsche in Erfüllung gehen können. Kinderpolitik ist daher Gesellschaftspolitik und Zukunftssicherung zugleich. Dieses erfordert einen Umdenkungs- und Umsteuerungsprozess im staatlichen Handeln, in der Wirtschaft, aber auch in den Köpfen vieler unserer Bürgerinnen und Bürger. Wir brauchen eine nachhaltige Familienpolitik.

Nachhaltige Familienpolitik basiert auf dem Konsens, dass unsere Gesellschaft eine höhere Geburtenrate braucht, unsere Wirtschaft auf qualifizierte Arbeitskräfte und eine höhere Erwerbstätigkeit von Frauen angewiesen ist und unsere Kinder eine frühe Förderung, Bildung und Erziehung benötigen.

Ökonomisch gesehen werden Eltern gegenüber Kinderlosen gleich dreifach benachteiligt: Zum einen finanzieren sie die Kinder, zum anderen entgehen vor allen Dingen den Müttern Karrierechancen und damit höhere

Einkommensmöglichkeiten, und drittens haben Eltern später niedrigere Rentenzahlungen zu erwarten. Wir brauchen im Landkreis eine Allianz für Familien und streben deshalb kurzfristig die Einrichtung eines lokalen Bündnisses unter Einbeziehung aller Akteure an. Wir müssen gemeinsam mit den Städten und Gemeinden familienfördernde Maßnahmen entwickeln, die auch mit Hilfe attraktiver, sozialer Infrastruktur die Ansiedlung und den Zuzug junger Familien fördern.

Vermehrt leben Familien in schwierigen Lebensverhältnissen und sind mit der Bewältigung ihres Alltages, insbesondere ihrer Erziehungsaufgaben, allein überfordert. Eine stärkere Familienförderung mit dem Ziel, die Fähigkeiten und sozialen Ressourcen von Personen, Gruppen oder Nachbarschaften zu entfalten und in die Problemlösung einzubeziehen, ist notwendig. Familienzentren als Netzwerke sozialer Dienste können hier ein wichtiger Baustein sein. Das Familienzentrum in Bodenfelde wird bereits mit Mitteln der Jugendstiftung des Landkreises gefördert. Die Einrichtung weiterer Familienzentren wird von uns angestrebt.

Das vom Regionalverband Südniedersachsen durchgeführte Modellprojekt „Auswirkung des demografischen Wandels auf die soziale Infrastruktur“, und hier insbesondere die Notwendigkeit von familienunterstützenden Dienstleistungen, wird uns bei einer zukunftsweisenden Familienpolitik wichtige Hilfestellungen geben können.

3.1 Kinder/Kinderbetreuung/Kindertagesstätten

Höhere Erwerbsquote und gute Kinderbetreuung bedingen aneinander. Die wirtschaftlich und zugleich sozialpolitisch besonders erfolgreichen nordeuropäischen Länder profitieren von ihren, im Vergleich zu Deutschland, besonders hohen Frauenerwerbsquoten. Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist die Verfügbarkeit bezahlbarer und qualitativ hochwertiger Betreuungsmöglichkeiten.

Die SPD im Landkreis Northeim bekennt sich zur Unterstützung der Eltern und Alleinerziehenden und fordert alle Beteiligten auf, ein bedarfsgerechtes Angebot von Kinderbetreuungsplätzen sowohl im Krippen- als auch im Kindertagesstättenbereich sicherzustellen. Hierzu ist die Zusammenarbeit, Information und Kommunikation der Beteiligten (Kommunen, freie Träger, Zuschussgeber, Vereinigungen und privatwirtschaftliche Interessenten) zu fördern und zu verstärken.

Die derzeit vorhandenen Einrichtungen und Plätze decken nicht in jedem Fall den tatsächlichen Bedarf, da die meisten Angebote überwiegend in den Vormittagsstunden verfügbar sind. insbesondere geht das Angebot nicht ausreichend auf die Erwerbssituation der Eltern und insbesondere der Alleinerziehenden ein.

Durch ausreichend bedarfsgerechte Betreuungsplätze hoffen wir, dass insbesondere allein erziehende Mütter oder Väter dadurch wieder in die Lage versetzt werden, eine Erwerbstätigkeit anzunehmen.

Für uns geht es darum, gemeinsam mit den Städten und Gemeinden das von der rot-grünen Bundesregierung begonnenen und von der großen Koalition fortgesetzten Tagesbetreuungsbaugesetzes (TAG) konsequent in unserem Landkreis umzusetzen.

Wir werden darauf dringen, dass auch weiterhin eine engagierte und nachhaltige Planung betrieben wird, die auf einen tatsächlich bedarfsgerechten Ausbau von Kindertagesstätten und Tagespflege zielt. Dieser Bedarf soll sich auch an den Gegebenheiten des regionalen Arbeitsmarktes hinsichtlich der Arbeitszeitgestaltung und an der Zahl allein erziehender Personen ohne Erwerbseinkommen orientieren.

Bei diesen Planungen sollen die Bundesagentur für Arbeit bzw. die Sozialagentur im Landkreis Northeim weiterhin beteiligt werden und die Erkenntnisse über den Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen für allein erziehende Erwerbslose berücksichtigt werden. Entsprechend ist ein Ausbauplan für Tagespflege zu entwickeln und zu realisieren.

Gleichzeitig wollen wir prüfen, wie wir die Qualifizierung von Tagesmüttern fördern und landkreisweit unterstützen können

Wir werden versuchen, Kinderhorte und Kinderkrippen auch bei weiterhin angespannter Haushaltslage nachhaltig zu fördern. Hier können durch rückläufige Geburtenzahlen im Kindergartenbereich freiwerdende personelle und sächliche Kapazitäten genutzt werden. Bei der Realisierung sind unabhängig von den vorhandenen kommunalen Finanzressourcen und der derzeitigen Mittelverwendung Einsparmöglichkeiten in anderen Bereichen sowie alternative Finanzierungsmöglichkeiten unter Beteiligung der Wirtschaft und anderer Institutionen zu prüfen.

Wir wollen die Integration von Kindern mit Behinderungen in Kindergärten und Schulen vorantreiben.

4. Bildung

Parallel zu einer Politik, die sich ausdrücklich zum Ziel „mehr Kinder“ bekennt, muss als zweites Hauptziel gelten: „Wir dürfen kein einziges Kind zurücklassen“. Alle Kinder haben das gleiche Recht auf gute Betreuung und Bildung von Anfang an. Von der Qualität der Bildung und Ausbildung unserer Kinder hängen zugleich deren individuelle Lebenschancen und die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes ab. Gerade weil die Zahl der geborenen Kinder in unserem Land derzeit bei weitem zu niedrig ist, kommt es umso mehr darauf an, dass jedes einzelne Kind in Deutschland die Chance erhält, alle seine Potentiale von Anfang an auszuschöpfen. Wir brauchen deshalb eine Schulpolitik, die den Anteil der Klassenwiederholungen deutlich reduziert, die Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Schulformen verbessert und die möglichst alle Jugendlichen mit einem Schulabschluss entlässt. Auch gilt es, von den skandinavischen Ländern als Gewinnerländer der Pisa-Studien zu lernen.

Der überwiegende Teil unserer Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist wissbegierig, lerneifrig und hoch motiviert, aber auch kritisch gegenüber seiner Umwelt und bestehenden Strukturen. Kinder und Jugendliche sollen an der Gestaltung ihrer Lebenswelt beteiligt werden. Wir wollen die Ideen und Fähigkeiten junger Menschen in Entscheidungen einbeziehen, nicht zuletzt, um ihr soziales Engagement zu fördern. Benachteiligte Jugendlichen wollen wir integrieren und das bestehende Regionale Integrationskonzept RIK auch an weiteren Standorten ausbauen und fördern.

Im Landkreis Northeim halten wir ein umfassendes Angebot verschiedener Schulformen vor. Auch künftig werden wir durch erforderliche Investitionen die Schulstandorte an die Gegebenheiten anpassen und durch entsprechende Entscheidungen die Ausstattungen an moderne Bildungsangebote anpassen.

Da wir eine weitere Schwächung des ländlichen Raumes verhindern müssen, setzt sich die SPD im Landkreis Northeim auch zukünftig für eine kostenlose Schülerbeförderung ab einer Entfernung von über zwei Kilometern zwischen Wohnung und Schule ein.

Der Landkreis Northeim als Träger öffentlicher Schulen und Bildungseinrichtungen wird sich mit einer sozialdemokratischen Mehrheit im Kreistag auch in den nächsten fünf Jahren der Aufgabe stellen, Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende auf die bestmögliche Weise chancengleich und begabungsgerecht für die moderne Arbeitswelt zu qualifizieren.

Dabei ist unübersehbar, dass das Erreichen dieses Zieles durch eine stark ideologisch geprägte, rückwärts gewandte Bildungspolitik der CDU/FDP-Landesregierung in Frage gestellt wird. Die Abschaffung der Orientierungsstufe, das wieder eingeführte dreifach gegliederte Schulsystem mit einer deutlich geschwächten Hauptschule, die größeren Klassen, die Beseitigung der Lernmittelfreiheit und die verschlechterte Lehrerversorgung zwingen den Landkreis nach wie vor zu kostspieligen Investitionen und anderen Folgemaßnahmen, die ohne die so genannte Schulstrukturreform in Niedersachsen vermeidbar gewesen wären.

Trotz aller Versuche, das Projekt „Zukunft Bildung und Betreuung“ der rot-grünen Bundesregierung und der jetzigen großen Koalition auf Landesebene zu unterlaufen, halten wir an der Idee einer pädagogisch sinnvoll ausgestatteten und konsequent organisierten Ganztagschule fest, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erhöht. Dieses Programm wurde im Landkreis erfreulich konstruktiv aufgegriffen (Beispiele: HRS Katlenburg-Lindau, KGS Moringen).

Wir wehren uns gegen die aus Hannover kommende Reduzierung dieses Programms auf eine reine Investitionshilfe und fordern die Bereitstellung von Mitteln für die professionelle Gestaltung der Nachmittagsstunden bzw. Ganztagsbetreuung.

Nach zum Teil heftigen Diskussionen an einzelnen Schulstandorten haben wir Mittel und Wege gefunden, um angesichts sinkender Schülerzahlen zukünftige Leerstände in kreiseigenen Schulgebäuden zu vermeiden und gleichzeitig allen Schülern/ innen aller Schulformen angemessene Unterrichtsräume zur Verfügung zu stellen.

Wir werden diese Politik des sinnvollen Einsatzes investiver Mittel unter Berücksichtigung der geringen finanziellen Spielräume des Landkreises fortsetzen. Die Einteilung der Schulbezirke und die Ausgaben für die Schülerbeförderung sind zukunftsorientierte Instrumente im Bildungsbereich, die nicht der Haushaltssanierung geopfert werden dürfen.

Der Ausbau einer gymnasialen Oberstufe an der KGS Moringen und die Aufrechterhaltung des Angebotes einer IGS in Bodenfelde sind für uns wesentliche Bestandteile sozialdemokratischer Bildungspolitik im Landkreis. Dazu gehört auch die in dieser Wahlperiode eingeführte Budgetierung der kreiseigenen Schulen, die von den Schulen angenommen wurden und sich in zielführenden Maßnahmen der Schulleitungen niederschlagen haben.

Wir werden die energiewirtschaftliche Modernisierung der Schulen fortsetzen und uns für alternative Energieträger (Beispiel: BBS I, II) einsetzen. Realisierungsmodelle von Erweiterungs- oder Neubauten sowie ganzheitliche Sanierungen als public privat partnership (PPP) sind zu überprüfen.

4.1 Berufsbildung

Grundstein für Erfolg in Ausbildung und Beruf ist eine gute und umfassende Schulausbildung. So wie in den vergangenen Jahren werden wir auch zukünftig für einen bedarfsgerechten Ausbau der in unserer Trägerschaft stehenden Schulgebäude eintreten. Bei der Instandsetzung und Renovierung bestehender Gebäude sind für uns die Vorgaben der Agenda 21, wie z.B. der Einsatz alternativer Energieträger, verpflichtend.

Jugendliche ohne Ausbildung oder Arbeit können keine Lebensplanung aufbauen. Wir beteiligen uns daher weiter intensiv an Projekten zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit. Gemeinsam mit Handel, Handwerk, Industrie und Gewerkschaften werden wir flankierend Angebote, wie Praktikumsbörse, Lehrstellenmarkt oder Jobbörse für Jugendliche, unterstützen.

4.2 Kreisvolkshochschule (KVHS)

Die Kreisvolkshochschule mit ihrem flächendeckenden Angebot, nicht nur an Weiterbildung und Qualifizierung, ist wichtiger Baustein kommunaler Bildungspolitik. Kurse und Veranstaltungen werden kontinuierlich den Informations- und Bildungswünschen unserer Kreisbevölkerung angepasst.

5. Jugend

Der Landkreis als Jugendhilfeträger muss jungen Menschen die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung stellen. Ihm obliegt außerdem die Förderung der Jugendverbände. So ist es in den Paragraphen 11 und 12 des Sozialgesetzbuches VIII geregelt.

In einer Fläche wie dem Landkreis Northeim lässt sich diese Aufgabe nur schwer zentral organisieren. Der Landkreis hat deshalb mit seinen Mitgliedsgemeinden eine Vereinbarung geschlossen, wonach diese die genannten Aufgaben erfüllen und dafür für ihre hauptamtlichen Jugendpfleger einen fünfzigprozentigen Personalkostenzuschuss erhalten.

Die Vereinbarung hat sich bewährt. Die Jugendpfleger sind wichtige Ansprechpartner und Unterstützer der Jugendarbeit betreibenden Vereine und Verbände vor Ort. Sie koordinieren oder organisieren in ihren Gemeinden Projekte der Sozial-, Präventions- und Integrationsarbeit.

Wir werden die engagierte Arbeit der Jugendpfleger weiter unterstützen und mit ihnen und den anderen Fachleuten an der nachhaltigen Lösung der gesellschaftlichen Problemlagen arbeiten.

Eine wichtige Aufgabe in diesem Feld ist die Prävention. Maßnahmen in diesem Bereich müssen dem sozialen Konfliktfeld angepasst und wenn nötig, mit zusätzlichen Haushaltsmitteln finanziert werden. Als ein besonders geeignetes Mittel, Fremdenfeindlichkeit und Vorurteilen vorzubeugen, sehen wir Austauschprogramme an. Wir begrüßen ausdrücklich Initiativen, die es jungen Menschen ermöglicht, über einen längeren Zeitraum Lebenserfahrungen im Ausland zu sammeln und werden diese wie bisher im Rahmen unserer Möglichkeiten unterstützen.

Die von unserem Landrat Michael Wickmann vorgeschlagene und mit unserer Kreistagsmehrheit in der zu Ende gehenden Legislaturperiode gegründete Jugendstiftung ist in der Lage, flexibel auf sich ändernde Bedarfe zu reagieren und entsprechende Projekte finanziell zu unterstützen. Wir haben damit ein Instrument geschaffen, das unabhängig von den jährlichen Haushaltsberatungen auch Kontinuität in der Jugendpolitik gewährleistet.

6. Gesundheit

Im Landkreis Northeim sind wir in der glücklichen Lage, mit den Krankenhäusern Northeim, Einbeck, Bad Gandersheim und Uslar eine gute flächendeckende Versorgung unserer Bevölkerung zu gewährleisten. Die SPD im Landkreis Northeim wird den begonnenen Weg für den Erhalt der Krankenhausstandorte Bad Gandersheim, Einbeck und Northeim unter dem Dach einer gemeinsamen Holding konsequent fortsetzen. Nur durch eine gemeinsame Unternehmensführung und ein nicht konkurrierendes, sondern abgestimmtes Gesundheitsangebot werden die Krankenhäuser im Landkreis Northeim für die Zukunft gesichert werden können. Wir sind bewusst nicht dem Beispiel vieler anderer Landkreise und Kommunen gefolgt, die ihre Krankenhäuser privatisiert und verkauft haben, sondern wir stellen uns der Verantwortung der Daseinsvorsorge und des Sicherstellungsauftrages für unsere Bevölkerung. Damit behalten wir auch die Verantwortung und die Gestaltungsmöglichkeiten für über 1.200 Arbeitsplätze in den Krankenhäusern im Landkreis Northeim und für die Bereitstellung von immerhin 165 Ausbildungsplätzen in den Krankenhäusern.

Durch die vom Kreistag bereits beschlossene Zusammenführung des Uslarer Krankenhauses mit dem Krankenhaus in Lippoldsberg wird landesübergreifend ein Weg beschritten, der ebenfalls langfristig beide Standorte sichern und insbesondere für Uslar und Bodenfelde eine wohnortnahe Versorgung gewährleisten soll.

Dieser von uns eingeschlagene Weg ist durchaus beispielhaft und wird in der Krankenhausszene sorgfältig beobachtet und vom Land Niedersachsen unterstützt.

Im Rahmen der medizinischen Neukonzeption müssen wir erreichen, dass Bürgerinnen und Bürger unseres Landkreises nicht zur Krankenhausbehandlung in Nachbarkreise oder an die Uniklinik Göttingen ausweichen müssen, sondern bei uns im Landkreis optimal versorgt werden können. Das gilt beispielhaft für die Einrichtung einer geriatrischen Abteilung zur gezielten Behandlung älterer Menschen.

Nicht zuletzt muss es auch angesichts der Kostenentwicklung im Gesundheitswesen darum gehen, ambulante, stationäre, rehabilitative und pflegerische Einrichtungen besser miteinander zu verzahnen. Im Rahmen unserer Holdingstruktur streben wir daher Kooperationen und Vernetzungen zwischen diesen Gesundheitsanbietern an.

7. Sport

Die Förderung des Sports dient auch gleichzeitig zur Erhaltung der Volksgesundheit. Wenn von rund 150.000 Einwohnern im Landkreis Northeim 70.000 Woche für Woche in Sportvereinen tätig sind, ist es weiterhin unsere Pflicht, die Übungsleiterinnen und Übungsleitern der Vereine mit einem Anteil ihrer Stundenvergütung zu unterstützen. Dies gilt besonders für die Übungsleiter- und leiterinnen im Jugendbereich.

8. Teilhabe von Behinderten

Die behinderten Menschen in unserem Landkreis haben ein Recht darauf, soweit es ihre Behinderung ermöglicht, ein selbstbestimmtes Leben führen zu können und nicht bevormundet zu werden. Bei der jetzigen demografischen Entwicklung ist bis zum Jahre 2030 mit einer Steigerung der Zahl mobilitätsbeeinträchtigter Menschen um 50% zu rechnen. Durch barrierefreies Bauen wird einem möglichst hohen Anteil der Bevölkerung ein lebenslanges Leben in seinem sozialen Umfeld ermöglicht oder ein Wechsel in ein Heim deutlich hinausgeschoben. Vorausschauende Kommunalpolitik muss diese Entwicklung aufgreifen und barrierefrei planen und gestalten. Mittelfristig werden auf diese Weise sogar Kosten gesenkt.

Die Teilnahme am öffentlichen Personenverkehr muss insbesondere durch bedarfsgerechte Gestaltung der Einstiegsmöglichkeiten für Ältere und Behinderte ermöglicht werden. Dieses gilt gleichermaßen für Veranstaltungen des Landkreises, bei denen zukünftig noch stärker auf barrierefreie Zugänge geachtet werden muss.

Wir unterstützen auch das Recht auf Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsplatz. Gemeinsam mit der Arbeitsverwaltung und der Wirtschaft wollen wir über die ARGE (Arbeitsgemeinschaft) für integrative Arbeitsplätze sorgen.

Neben dem Land Niedersachsen tragen auch die Kommunen als Träger von Schulen und Kindertagesstätten wesentlich dazu bei, dass das Ziel des Niedersächsischen Schulgesetzes einer gemeinsamen Beschulung behinderter und nichtbehinderter Schülerinnen und Schüler verwirklicht

wird. Die Wahlfreiheit der Schülerinnen und Schüler und der Eltern analog des Sozialgesetzbuches IX muss zukünftig Richtschnur der politischen Willensbildung und des Verwaltungshandelns sein.

9. Sozial Benachteiligte

Ausdrücklich bekennt sich die SPD im Landkreis Northeim zur Förderung und Unterstützung von freien Trägern, die mit ihrer Tätigkeit benachteiligte Gruppen unterstützen und fördern, zum Beispiel im Bereich der Suchthilfe, der Unterstützung von HIV-infizierten Personen oder in der Obdachlosenhilfe.

Wir werden uns verstärkt dafür einsetzen, dass sozial Benachteiligten nicht aus Gründen fehlender Finanzmittel die Teilnahme an Ferienmaßnahmen verwehrt bleiben muss.

10. Wohlfahrtsverbände

Die Wohlfahrtsverbände leisten, historisch gewachsen, einen erheblichen Beitrag zur sozialen Hilfe und Unterstützung. Diese in vielen Bereichen nur durch großes ehrenamtliches Engagement zu erfüllende Aufgabe ist Teil unseres sozialen Netzwerkes. Eine Unterstützung und Förderung dieser Arbeit ist für uns eine bedeutende Säule sozialer Kommunalpolitik. Schon Bundeskanzler Helmut Schmidt hatte in seiner Regierungszeit festgestellt, dass ehrenamtliches Engagement vom Staat unbezahlbar ist und deshalb unbedingt auch in schlechten finanziellen Zeiten gefördert werden muss.

Wenn auch durch die Bildung von Stiftungen Bereiche des öffentlichen Lebens unterstützt werden, so treten wir dennoch dafür ein, dass der Landkreis Northeim trotz geringerer Haushaltsmittel hier nach wie vor freiwillige Leistungen übernimmt. Hier gilt es, die ohnehin knappen Mittel für freiwillige Leistungen im Haushalt des Landkreises Northeim gezielt und effizient einzusetzen.

11. Senioren

Allzu oft wird gedankenlos von einer „Überalterung“ unserer Gesellschaft geredet. Die steigende Lebenserwartung der Menschen, die bessere Gesundheit von immer mehr Menschen bis ins hohe Lebensalter ist in Wirklichkeit eine großartige Leistung und ein großes Geschenk für unsere gesamte Gesellschaft. Gleichzeitig bedeutet sie eine neue Herausforderung und Chance für politisches Handeln. Der „fitten Seniorengenerationen“ bietet sich angesichts guter Gesundheit, hoher Bildung und Einkommen neue Potenziale für Wohnen, Familie und Freizeit, die für generationsübergreifende Hilfen aktiviert werden können. Das wachsende Potenzial dieser Seniorengruppe könnte zum Beispiel in Familienzentren für Hilfeleistungen für junge Familien gewonnen und genutzt werden. Wir werden mit gezielten Angeboten unserer Kreisvolkshochschule ältere Menschen ermutigen, sich neue Tätigkeits- und Wissensfelder zu erschließen.

11.1 Altersgerechtes Wohnen

Die Gruppe der über 75jährigen wächst in den nächsten 15 Jahren in unserem Landkreis um 12% an. Die SPD setzt sich daher für eine konsequente Weiterentwicklung eigenständiger Wohn- und Lebensformen für behinderte und ältere Menschen im Landkreis Northeim ein. Wir werden uns noch stärker um Plätze für betreutes Wohnen, sowie um die Einrichtung von Wohngemeinschaften bemühen, damit die individuellen Bedürfnisse unserer älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger erfüllt werden. Die infrage kommenden Wohnungen müssen barrierefrei auch für Behinderte zu erreichen sein.

12. Pflege

Wir haben die Verpflichtung, die menschliche Würde von hochbetagten und pflegebedürftigen Menschen nicht nur zu respektieren, sondern auch zu garantieren. Wir werden daher gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden und privaten Pflegedienstleistern im Rahmen des kommunalen Pflegeplans sicherstellen, dass ausreichend qualifizierte Pflegeangebote im Landkreis vorgehalten werden. Dabei ist der Grundsatz des Pflegeversicherungsgesetzes „ambulant vor stationär“ zu beachten.

Durch Beschluss der CDU/FDP Mehrheit im Landtag wurde zum 01.01.2004 das Niedersächsische Landespflegegesetz dahingehend verändert, dass für stationäre Altenpflegeplätze keine Investitionskostenzuschüsse mehr gezahlt werden. In der Folge sind ca. 10.000 Menschen in Niedersachsen zusätzlich in die Sozialhilfe abgedrängt worden und zahlreiche Kreise und kreisfreie Städte als Kostenträger dazu übergegangen, die Standards in der Altenpflege abzusenken und die alten und pflegebedürftigen Menschen zunehmend in Zwei- oder sogar in Dreibettzimmern unterzubringen. Dieses ist ein entwürdigender Zustand und bedeutet gerade im letzten Lebensabschnitt für die betroffenen Menschen ein Leben ohne Privat- und Intimsphäre. Die SPD hält im Landkreis Northeim an ihrer Auffassung fest, dass auch zukünftig dem Wunsch von Pflegebedürftigen nach Unterbringung in einem Einzelzimmer durch den Kostenträger Rechnung getragen werden muss. Im Rahmen der abzuschließenden Leistungs- und Vergütungsvereinbarung zwischen den Kostenträgern und den Einrichtungen muss dieses für die pflegebedürftigen Menschen abgesichert bleiben.

Wir wollen gemeinsam mit den Hospizbewegungen in unseren Städten und Gemeinden erreichen, dass ein flächendeckendes Angebot im Landkreis für Schwerstkranke und deren Angehörige vorhanden ist.

13. Wirtschaft

Bilanz

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der vergangenen Jahre war oftmals kritisch. Dieser weltweite Trend hat auch vor dem Landkreis Northeim nicht Halt gemacht. Trotzdem haben wir in dieser Zeit eine gute Wirtschaftspolitik mit zahlreichen Investitionen in unseren Liegenschaften und einer hervorragenden Arbeit in der Wirtschaftsförderung geleistet.

Unser Ziel bleibt es im Landkreis Northeim eine vielfältige Wirtschaftsstruktur mit einem guten Mix aus kleinen und großen Betrieben zu fördern. Nur so können wir der wirtschaftlichen Dynamik und den damit verbundenen Risiken begegnen. So werden Arbeitsplätze gesichert und neue Arbeitsplätze geschaffen, was letztendlich auch der Steuerkraft zugute kommt.

13.1. Wirtschaftsförderung

Die auf unsere Initiative eingerichtete und sehr erfolgreich arbeitende Wirtschaftsleitstelle des Landkreises soll auf jeden Fall erhalten bleiben. Seine Aufgaben sind:

- Anlaufpunkt für alle Unternehmen, die mit der Kreisverwaltung zu tun haben (One-Stop-Agency).
- Die bisherige Kontaktkultur zwischen Unternehmen und Kreisverwaltung wird erhalten und ausgebaut. Projekte wie „StartPoints“ und „Botschafter für die Region“ waren und sind vorbildlich.
- Der Landkreis wird auch in Zukunft bei Bedarf Werbemaßnahmen für die Wirtschaft in der Region tätigen, wie es z.B. bei dem Projekt „Pole-Position“ gelaufen ist.
- Die Wirtschaftsleitstelle wird auch bei der Pflege von Kontakten in unserem Partnerschaftslandkreis Schlochau/Polen unterstützend tätig.
- Und schließlich erhalten Unternehmen auch in Zukunft Informationen und Unterstützung bei der Akquisition von Fördermitteln.

13.2. Projekte

Gerade in der wirtschaftlichen Flaute der vergangenen Jahre haben wir in viele Projekte investiert. Dazu gehören sowohl die Modernisierung und der Ausbau der kreiseigenen Schulen, als auch die finanzielle Unterstützung der Leader Plus-Projekte im Raum Uslar und Bodenfelde. Dazu gehören aber auch viele Einzelprojekte im Landkreis vom Bootsanleger in Bodenfelde über den Schulbauernhof in Hevensen bis zum Wohnmobilstellplatz in Bad Gandersheim. Mit diesen Investitionen in Zeiten angespannter Haushalte haben wir eine antizyklische Wirtschaftspolitik betrieben. Auch in Zukunft wollen wir Projekte dann fördern, wenn sie für die wirtschaftliche Entwicklung im Landkreis herausragende Bedeutung haben.

In Südniedersachsen gibt es viele Institutionen, die im weitesten Sinne Wirtschaftsförderung betreiben. Dazu zählen der Regionalverband, die Südniedersachsenstiftung, Wirtschaftsförderungsgesellschaften usw. Sie alle arbeiten zusammen und sind in ihren Tätigkeiten vernetzt. Mit Stolz können wir feststellen, dass das Amt für Wirtschaftsförderung des Landkreises Northeim wegweisende und zukunftsorientierte Arbeit leistet. In Zukunft wird der Zwang zur Bündelung von Ressourcen immer stärker.

Wir sind offen für zukünftige Kooperationen und Fusionen, aber dabei muss der bei uns erreichte hohe Standard Richtschnur sein.

13.3. Tourismus

In unserer landschaftlich und kulturell sehr reizvollen Gegend hat insbesondere der Tagestourismus und Kurzurlaub eine gute Entwicklungsmöglichkeit. Dieses gilt insbesondere auch für den weiter expandierenden Gesundheits- und Wellnessbereich. Voraussetzung einer positiven Entwicklung ist nach unserer Überzeugung eine noch engere Zusammenarbeit unserer Städte und Gemeinden. Die können das landkreisweite Tourismusangebot ganzheitlich bewerben und sich Gäste so gegenseitig zuführen. Aus diesem Grund ist der Landkreis Northeim in der lokalen Tourismuswirtschaft vernetzend und moderierend tätig gewesen. Ein sichtbares Ergebnis ist der Internet-Auftritt, in dem sich alle Tourismus-Anbieter des Kreises darstellen können. Der Landkreis wird diese Moderatorenfunktion auch zukünftig wahrnehmen und dabei natürlich auch den Internetauftritt pflegen und weiter entwickeln.

14. Arbeitsmarkt

Kommunale Wirtschaftsförderungspolitik hat die Ziele, Arbeitsplätze zu sichern und weiter zu entwickeln, die Wirtschaftskraft der Region zu stärken und das Steueraufkommen zu verbessern. Wir wollen diese Aktivitäten in enger kooperativer Zusammenarbeit mit unseren Städten und Gemeinden intensivieren.

Wir setzen uns verstärkt für kleinere und mittlere Unternehmen und Existenzgründerinnen und Existenzgründer ein. Bestehende Betriebe müssen begleitet, ihre Erweiterungen aktiv unterstützt und Akquisition von Neugründungen und Zuwanderungen betrieben werden.

Bis zum Jahre 2020 wird für Südniedersachsen ein Rückgang der Erwerbspersonen um knapp 9% prognostiziert. Der Anteil der 30 bis 45jährigen sinkt dabei in erheblichem Maße. Dies wird zu einem Mangel an Arbeitskräften führen. Vor allem Nachwuchskräfte werden empfindlich fehlen. Dieser zu erwartende starke Rückgang an Nachwuchskräften wird unter anderem durch Zuwanderung bewältigt werden müssen. Darüber

hinaus ist zum Ausgleich eine Erhöhung der Frauenerwerbsquote notwendig. In diesem Handlungsfeld spielt die eingangs erwähnte Neukonzeption der Familienpolitik eine entscheidende Rolle. Allerdings müssen auch die Betriebe einen wichtigen Beitrag leisten. Familienfreundliche Arbeitsbedingungen und Lebensphasen orientierte Weiterbildung sind zwingende Voraussetzung für den Zuzug von jüngeren Arbeitskräften, vor allem Führungskräften.

Um allen Arbeits- und Ausbildungsplatzsuchenden Möglichkeiten eines Arbeitsplatzes entsprechend ihrer Qualifikation zu bieten, treten wir für eine betriebliche Basisausbildung auch unterhalb des Facharbeiterabschlusses ein.

Ein wichtiges Ziel unserer Wirtschaftspolitik ist der Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen, insbesondere auch für ältere Arbeitnehmer über 50 Jahre. Dieses Ziel ist aber nur mit flankierenden Maßnahmen zu erreichen. Hierbei ist der öffentlich geförderte Arbeits- und Ausbildungsmarkt ein unverzichtbares Instrument, um Menschen ohne festen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz eine Perspektive zu bieten.

Wir werden allerdings sehr sensibel darauf achten, dass sich der öffentlich geförderte Arbeits- und Ausbildungsmarkt nicht zu einem Dauerparkplatz vor den Toren des ersten Arbeitsmarktes verfestigt. Er muss immer eine Brückenfunktion erfüllen für den Ein- bzw. Umstieg in den ersten Arbeitsmarkt.

14.1. Arbeits- und Beschäftigungspolitik

Die erfolgreiche Arbeit der Arbeitsvermittlung und Beratung für Menschen, denen ein Abgleiten in die Sozialhilfe droht, werden wir in Zusammenarbeit mit der Bundesagentur im Rahmen der ARGE verstärken. Die konstruktive Zusammenarbeit mit freien Bildungsträgern, wie beispielsweise der Ländlichen Erwachsenenbildung, der Werkstattschule und Arbeit und Leben, haben sich hervorragend bewährt.

Insbesondere Maßnahmen zur Qualifizierung von Frauen und berufspraktische Erprobungsmaßnahmen, vorrangig für Spätaussiedler und ausländische Mitbürger, werden von uns mit Nachdruck gefördert.

15. Mobilität und Verkehr

Schwerpunkte sozialdemokratischer Verkehrspolitik auf kommunaler Ebene sind die Förderung von Konzepten der Verkehrsvernetzung und des Verkehrsmanagements, des Ausbaus des öffentlichen Personennahverkehrs im Verbund, der Sicherung der Mobilität der Fußgänger und Fahrradfahrer und der Verlagerung von Güterverkehr auf umweltfreundliche Transportmittel.

Der Verkehrsverbund Südniedersachsen (VSN) hat erfolgreich die Zusammenarbeit der verschiedenen Verkehrsunternehmen in Südniedersachsen erreicht. Einheitliche Tarife und abgestimmte Fahrpläne sind gute Ergebnisse. Dabei ist uns klar, dass ein solches Nahverkehrssystem nur Sinn ergibt, wenn eine vernünftige Verknüpfung zwischen Bus und Bahn vorhanden ist.

Zur Erhaltung des Gesamtkonzeptes des öffentlichen Nahverkehrs ist es unabdingbar, neben der Nord-Süd Schienenstrecke auch die beiden Ost-West Schienenverbindungen Nordhausen - Northeim - Ottbergen und Holzminden - Kreiensen - Halberstadt in ihrem Bestand zu sichern. Wir unterstützen daher jegliche Aktivitäten zur Erhaltung dieser für den öffentlichen Personennahverkehr unabdingbar notwendigen Schienenwege.

Der Einsatz des Fahrrades als alternatives und umweltfreundlichstes Verkehrsmittel sowie als Tourismusangebot wurde von uns in den letzten Jahren durch aktive Beteiligung an der Erstellung eines Radwegekonzeptes für den Landkreis gefördert. Die Ausschilderung der festgelegten Radwege werden wir nunmehr gemeinsam mit den Städten und Gemeinden umsetzen.

Die Finanzknappheit der öffentlichen Haushalte erfordert eine noch sorgfältigere Abwägung unserer Straßenbaumaßnahmen. Den Bau zusätzlicher Kreisstraßen halten wir nicht für erforderlich. Vorrangig setzen wir uns für den Ausbau von Ortsdurchfahrten bei gleichzeitiger Sanierung der Kanal- und Leitungsbauwerke ein.

Umweltverträgliche Entlastungen von Ortsdurchfahrten durch Ortsumgehungen finden insbesondere zum Schutz von Anwohnerinnen und Anwohnern weiterhin unsere Unterstützung. Die Interessen und Entwicklungsmöglichkeiten hierdurch betroffener Ortschaften finden dabei unsere besondere Berücksichtigung.

Folgende Bereiche sehen wir beispielsweise als Schwerpunkte, für deren umgehende Realisierung wir eintreten:

B 445 Ortsumgehung Sebexen

B 241 Raum Uslar – Bollert

B 241 Ortsumgehung Katlenburg-Lindau

Um die negativen Auswirkungen von Ausweichverkehren wegen der Autobahnmaut für unsere Bürgerinnen und Bürger zu minimieren, werden wir prüfen, ob es sinnvoller ist, bestimmte Strecken in die Bemaution mit einzubeziehen oder ggf. mit entsprechenden Nacht- und Durchfahrtsverboten zu belegen. Hier sind insbesondere die B3 und die B 241 zu nennen.

16. Gleichstellung

Die Umsetzung der grundgesetzlich garantierten Gleichstellung von Frauen und Männern ist herausragendes Ziel sozialdemokratischer Kommunalpolitik. Bei politischen Entscheidungen müssen von Anfang an ihre Auswirkungen auf die Lebenssituation von Frauen und Männern berücksichtigt werden. Dieses ist die konsequente Anwendung des auf der Weltfrauenkonferenz beschlossen „Gender-Mainstreaming“.

Benachteiligungen von Frauen und Mädchen in Ausbildung und Beruf werden wir entgegenwirken. Gemeinsam mit der Wirtschaft müssen wir Modelle zur Vereinbarung von Familien- und Erwerbsarbeit entwickeln, z.B. mit Hilfe von Teilzeitarbeit, Jobsharing und flexiblen Arbeitszeiten für Männer und Frauen. Die vorrangige Umsetzung solcher Maßnahmen in der Kreisverwaltung sehen wir als beispielhaft für die Betriebe in unserem Landkreis.

Wir werden Frauen auf dem Weg in eine berufliche Selbstständigkeit durch Informationsveranstaltungen und Hilfestellungen bei Existenzgründungen aktiv unterstützen.

Familienarbeit oder Berufstätigkeit darf für Frauen und Männer nicht zur Grundsatzentscheidung ihrer Lebensplanung werden. Wir treten dafür ein, dass Frauen und Männer auch nach einer familienbedingten Pause wieder vollständige Integration im Arbeitsleben finden.

Gemeinsam mit der Wirtschaft, den Verbänden und freien Trägern wollen wir hierfür ein Angebot an Qualifizierungs- und Ausbildungsmaßnahmen vorhalten und ausbauen.

Frauen und Kinder sind auch häuslicher Gewalt ausgesetzt. Regionale Hilfsangebote, wie Frauenhäuser und Nottelefone, sind daher unerlässlich. Eine Vernetzung von Beratungsstellen und Behörden ist für eine effektive Hilfe notwendig.

Die gute und erfolgreiche Arbeit der Gleichstellungsstelle des Landkreises in der Vernetzung mit den Frauenbeauftragten der Städte und Gemeinden wird auch in Zukunft unsere volle Unterstützung erfahren.

Wir fordern Frauen auf, sich aktiv am politischen Leben zu beteiligen. Nur wenn Frauen ihre Lebenserfahrungen direkt in kommunalpolitische Entscheidungen einbringen können, werden Ergebnisse erzielt, die die Interessen von Männern und Frauen gleichermaßen berücksichtigen.

17. Der ländliche Raum, Regionalplanung und Strukturförderung

Der weitaus überwiegende Teil unseres Landkreises ist ländlich geprägt.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass mit bestehenden Förderprogrammen des Bundes und Europas, der Landwirtschaft unseres Raumes neue Möglichkeiten für Standortsicherheit und Absatz der erzeugten Produkte eröffnet werden. Schon aus Gründen des Verbraucherschutzes gilt es, die ökologische Landwirtschaft vorrangig auszubauen. Direktvermarktung und das Einrichten von Hofläden werden von uns ausdrücklich als Gegenpart zur industriellen Landwirtschaft unterstützt.

Eine Regionalplanung könnte nach unseren Vorstellungen im Rahmen eines Zweckverbandes auf der Ebene der drei Landkreise Göttingen, Osterode und Northeim mit der Stadt Göttingen zukunftsweisend gestaltet werden und dabei die Kooperation der Landkreise nachhaltig verbessern.

Da nach Neuausrichtung der europäischen Förderkulisse ab dem Jahr 2007 voraussichtlich nur noch Regionen gefördert werden, ist es unser

Ziel, insgesamt zu einer Verbesserung und Verstärkung der regionalen Kooperationen zu gelangen.

An der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen werden wir uns daher entsprechend beteiligen, ebenso werden wir unsere Mitarbeit im Regionalverband Südniedersachsen und in der Südniedersachsenstiftung aktiv fortsetzen.

18. Umweltschutz

Aktiver sowie flankierender Umweltschutz im Sinne des Aktionsprogramms der Konferenz für Umwelt und Entwicklung von Rio de Janeiro - Agenda 21 – ist für uns verpflichtende Grundlage bei zukünftigen kommunalen Entscheidungen.

Bereits begonnene Aktivitäten – beispielsweise Energiesparkonzepte für öffentliche Gebäude – werden von uns mit Nachdruck weiter realisiert. Damit können in erheblichem Umfang Investitionen zugunsten des heimischen Handwerks ausgelöst werden.

Wir setzen uns auch dafür ein, dass bei privaten und industriellen Neubauten auf ökologische Bauweise geachtet wird. Hierzu müssen Bauherren frühzeitig über bestehende Möglichkeiten informiert werden.

Der Landschafts- und Naturschutz wird von uns immer in einem sehr sensiblen Abwägungsprozess zwischen dem Erhalt unserer südniedersächsischen Natur- und Kulturlandschaft und den berechtigten Interessen der Land- und Forstwirte sowie der Erholungssuchenden garantiert werden. So haben wir bei Änderungen für die Landschaftsschutzgebiete „Naturpark Solling-Vogler“, „Sultmer Berg“ und „Westerhöfer Bergland, Langfast“ über Sorgen und Wünsche mit der betroffenen Bevölkerung umfassend beraten und in vielen Bereichen gute Kompromisse erreichen können.

Die Bereitschaft unserer Bürgerinnen und Bürger, sich aktiv an Maßnahmen des Naturschutzes durch Baumpatenschaften und Pflegeschnittaktionen zu beteiligen, ist ungebrochen. Dieses wichtige ehrenamtliche Engagement werden wir auch in Zukunft nachdrücklich fördern und unterstützen.

Wir werden uns bemühen, den Gemeinden hinsichtlich der Nutzung von regenerativen Energien und der Ausweisung von entsprechenden Flächen für Sonnen- oder Windkraftanlagen in ihren Bauleitplänen durch eine wegweisende Raumplanung Entscheidungshilfen zu geben.

19. Abfallbeseitigung

Die großen und umstrittenen Probleme der Abfallbeseitigung liegen hinter uns. Die von vielen Menschen mit großer Skepsis betrachtete Scheinlösung Müllverbrennung ist vom Tisch. Eine früher nicht vorstellbare Zusammenarbeit mit den Landkreisen Osterode und Göttingen, sowie der Stadt Göttingen hat zu einer Lösung geführt, die allen gesetzlichen und ökologisch sinnvollen Anforderungen langfristig genügt.

Wir sind optimistisch, dass Anlaufschwierigkeiten dieses Projektes zügig und sachkundig überwunden werden.

Darüber hinaus ist es gelungen, die landkreiseigene Deponie in Moringen-Blankenhagen auf den bestmöglichen technischen Stand zu bringen. Nach heutigen Erkenntnissen wird auch für kommende Generationen von der Deponie keine Gefahr ausgehen. Auch finanziell wird es keine zusätzlichen Belastungen geben. In vorbildlicher Weise sind Rückstellungen für den Weiterbetrieb, die Überwachungen und die Renaturierung gebildet worden.

Das Ergebnis einer ökologisch orientierten Politik, die sich stets bemüht, für die Bürger unseres Landkreises die finanziellen Belastungen fair zu gestalten, kann sich sehen lassen: trotz erhöhter gesetzlicher Anforderungen sind die Gebühren für die Abfallentsorgung fast unverändert geblieben.

Trotzdem, bei aller Zufriedenheit über die letzten Jahre werden wir sehr aufmerksam beobachten, wie sich die Abfallpolitik der EU, des Bundes und es Landes und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen weiterentwickeln. Das betrifft nicht nur die Restmüllentsorgung, sondern auch die Wertstoff- und Schadstoffsammlungen, die Grünmüllsammlung und den grünen Punkt/gelben Sack. Sehr kritisch werden wir dabei alle Privatisierungsabsichten begleiten.

Der Beweis, private Unternehmen arbeiteten besser, zuverlässiger und langfristig günstiger ist für den Müllentsorgungsbereich noch nicht erbracht. Ziel ist es, die Müllentsorgung ökologisch vernünftig mit vertretbaren Gebühren zu gestalten.

20. Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und Verwaltungskooperation

Neben der unstreitig entscheidenden Bedeutung der kommunalen Finanzen für die Zukunftsfähigkeit der Kommunen sind zwei weitere Aspekte entscheidend. Erstens die Stärkung der Selbstverwaltung durch Verlagerung von Aufgaben auf die Kommunen bei strikter Anwendung des Konnexitätsprinzipes. Und zweitens die Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit von Kommunen.

Bezogen auf die kommunale Finanzsituation ist festzustellen, dass fast alle Kommunen im Landkreis Northeim – und auch darüber hinaus – nicht mehr annähernd in der Lage sind, ihre Haushalte auszugleichen. Derzeit ist auch weder erkennbar noch zu erwarten, dass sich die Einnahmesituation durch gesetzgeberische Maßnahmen der Bundes- oder Landesregierung mittelfristig ändern werden. Darüber hinaus sind die Möglichkeiten der Ausgabenreduzierungen und der eigenständigen Einnahmenverbesserungen weitgehend ausgeschöpft.

Trotz dieser Rahmenbedingungen muss es unser Ziel sein, die kommunale Selbstverwaltung zu erhalten und den stetig steigenden qualitativen und quantitativen Anforderungen anzupassen. Um dieses Ziel, also den Erhalt der kommunalen Selbstverwaltung, zu gewährleisten, bietet es sich unserer Meinung nach an, Verwaltungsaufgaben im Rahmen vereinbarter kommunaler Kooperationen wahrzunehmen. Als geeignete Aufgaben werden solche angesehen, die ohne direkte Auswirkungen auf die Bürgerinnen und Bürger sind und deren überörtliche Wahrnehmung daher für die Bürgerinnen und Bürger keine Einschränkungen bedeuten.

Der Landkreis und die Städte und Gemeinden sind aufgerufen, in regional strukturierten Gesprächen die notwendigen Lösungsmodelle für einen zu verabredeten „Baukasten kooperationsfähiger Verwaltungsaufgaben“ zu entwickeln, die dann wechselseitig jeweils von einer Kommune für die an-

deren beteiligten Kommunen auf freiwilliger Basis wahrgenommen werden können.

Der Landkreis soll hierzu zunächst die Moderation übernehmen, um den Anstoß zu geben.

Wenn es nicht gelingt, die Handlungsfähigkeit der Selbstverwaltung durch derartige Kooperationslösungen unter Beweis zu stellen und so mit zu sichern, wird sich über kurz oder lang die Frage nach einer neuen Verwaltungs- und Gebietsreform stellen. Bestes Beispiel ist dafür die Auflösung des Landkreises Lüchow-Dannenberg. Insofern wollen wir dieses Thema auf freiwilliger Basis aktiv und entschlossen angehen.